Nach dem Streik ist vor dem Streik

Auf zum SCHULSTREIK!

22. Mai/ 11h / Potsdamer Platz/ Widerstand formieren! Bildungsabbau stoppen!

Jugend hat keine Zukunft in Berlin. Der „rot/rote“ Senat kürzt an allen Ecken und Enden:
– Fortsetzung der „Haushaltskonsolidierung“, „Eigenverantwortung“ und individuelle Förderung. Das bedeutet: überfüllte Klassen, zu wenig LehrerInnen, schlechte Bildung, Verschärfung der Konkurrenz untereinander. Dagegen werden Privatschulen und Elitebildung gefördert.
Auch nach der Schule sieht’s düster aus:
– Lehrstellenmangel, schlechte Ausbildung, Billigjobs, Studiengebühren oder Arbeitslosigkeit!

Was können wir tun?

Widerstand ist die einzige Sprache, die die Herrschenden in Politik und Wirtschaft verstehen. Deshalb müssen wir uns organisieren und für unsere Interessen kämpfen! Wir müssen eine Schülerbewegung aufbauen, die sich auf Landesebene in Form eines aktions- und beschlussorientierten Bündnisses vernetzt und an den Schulen durch Schülerkomitees verankert ist.
Damit die Bewegung nicht bei jedem Streik wieder bei Null anfängt, müssen wir unabhängige Interessens- und Koordinierungsstrukturen aufbauen, die auch nach dem Streik bestehen bleiben und die Interessen der SchülerInnen gegen den Senat vertreten können. Dazu muss eine politische Organisation

der Jugend aufgebaut werden!
Ob Schule, Uni oder Betrieb: Sie müssen uns gehören! Wir müssen sie uns erkämpfen!

Unterstütze den Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation! Komm zu REVOLUTION!

Forderungen von REVOLUTION:

- Volle Lehrmittelfreiheit! Keine Studien- oder sonstige Gebühren!
- Kleinere Klassen! Mehr LehrerInnen! Keine Schließung und Zusammenlegung von Schulen
- Nieder mit der sozialen Selektion! Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems!
- Keine Privatisierung von Schule und Bildung! Für gute öffentliche Schulbildung!
- Gegen Leistungsverdichtung! Für das 13-Jahre-Abitur!
- Kontrolle der Schule durch SchülerInnen, Schulpersonal und Gewerkschaften!
- Für selbstverwaltete SchülerInnenräume!

Termine:

– 22.5.
SCHULSTREIK!!!
11h, Potsdamer Platz
– 25.5.
Aktionskonferenz der SchülerInnenstreikbewegung
– Bilanz des Streiks
– Was sind unsere Forderungen und warum?
– Wie weiter
13h, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalderstr. 4

– 26.5.
REVO-Veranstaltung
– Studentenunruhen Mai 68 in Frankreich
– Bilanz der Berliner SchülerInnenstreikbewegung

– 12.6.
bundesweiter SchülerInnenaktionstag

– 13.7.
REVO-Party
– Aufbau von Widerstand vor Ort an der Schule
– Ziele und Perpektiven der SChülerInnenbewegung
19h, Rote Insel, Mansteinstr. 10

Wahlen in Kenia – Unruhe als Machtinstrument

Wahlen in Kenia

Unruhe als Machtinstrument

REVOLUTION Mai 2008

Seit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Kenia am 27. Dezember 2007 wird das Land durch Unruhen erschüttert. Der Auslöser dafür sind die wohl offensichtlich gefälschten Wahlergebnisse. Das Wahlergebnis wurde von Oppositionsführer Odinga, wegen Korruptionsverdacht gegenüber dem bisherigem Präsidenten Kibaki, nicht anerkannt. Unruhen bei Wahlen in Kenia sind nichts Ungewöhnliches. Es wird nur von den westlichen Medien so dargestellt. Die Präsidentschaftswahlen wurden seit jeher von Ausschreitungen begleitet. Bei den ersten Mehrparteien – Wahlen 1992 in Kenia gab es über 1.500 Tote und 300.000 Flüchtlinge. Laut Human Rights Watch waren drei Viertel davon Kinder. Viele davon leben heute im größten

Slum Afrikas, dem Subsahra Slum am Rande Nairobis.

Die Konflikte in Kenia

Kenia war für die ärmere Bevölkerungsschicht nie ein Hort der Stabilität und Demokratie. Bereits im Januar 2007 wurden im Elgon Distrikt an der Ugandischen Grenze 50 Menschen durch Unruhen getötet. Bis zum September 2007 waren allein von dort 45.000 Menschen geflohen.

Dieser Distrikt in Westkenia war 1992 unter Präsident Daniel Arab Moi wenige Monate vor der Wahl eingerichtet worden. Auf Heimat-Urlaub geschickte Militär – Einheiten halfen damals, die Bukus (eine Luhya-Gruppe) aus dem Gebiet zu vertreiben. Daraufhin brannten Hütten und die Zahl der Todesopfer stieg.

Die politische Strategie der Staatsmacht ging auf. Sie schürten ethnische Unruhe, Moi sicherte sich dadurch ein Mehrheitsverhältnis in dem Neuen Wahldistrikt, das natürlich zu seinen Gunsten war. Der Elgon Distrikt verhalf Moi, ebenso wie die Spaltung der Opposition in zwei Lager, zu seiner Wiederwahl mit nur 36 Prozent. Auch andere Wahlbezirke wie das Rift Valley wurden 1992 von potenziellen Wahlgegnern bereinigt. Militär und Polizei spielten damals wie heute eine gewollte aktive wie inaktive Rolle bei den Konflikten.

Kenia ist einer der reichsten Staaten Afrikas und konnte in den letzten Jahren ein massives Wirtschaftswachstum verzeichnen. Allerdings ist Kenia auch das korrupteste Land Afrikas, welches unter der Herrschaft von Arab Moi dazu gemacht wurde. Von dem großen Wirtschaftswachstum merkte das Proletariat recht wenig. Die meisten Gelder flossen, wie in allen kapitalistischen Staaten, in die Taschen der Bourgeoisie.

In der Geschichte Kenias gab es immer wieder Aufstände der Bevölkerung bei den Präsidentschaftswahlen. Die Spur der Gewalt lässt sich bis zur Unabhängigkeit Kenias zurückverfolgen. Seit dieser Zeit gibt es sogenannte Tribal clashes (Stammeskämpfe). Einer der berühmtesten Stämme ist der

Stamm der Massai.

Dieser Stamm hat seit mehreren Jahren immer wieder kleine Auseinandersetzungen mit benachbarten Stämmen. Es gibt verschiedene Versionen über die Entstehung des Konfliktes. Eine davon ist, dass es mit einem Diebstahl angefangen hat. Die Massai glauben in ihrer Kultur, dass jede Kuh auf dieser Welt ihnen gehört. Eines Tages nahmen sie eine Kuh von einem anderen Stamm mit zu sich in ihr Land und wollten sie auch Partout nicht hergeben. Daraufhin fingen die Scharmützel an. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass in Kenia schon lange Unzufriedenheit und Spannungen zwischen den Stämmen herrschen. Seit der Unabhängigkeit gibt es zwei herrschende Stämme. Die einen sind die Kikuyu (der größte Stamm Kenias), die etwa eine Bevölkerungsschicht von acht Millionen Menschen ausmachen, die zweitgrößte Bevölkerungsschicht sind die Luyha mit einem Bevölkerungsanteil von 5,4 Millionen Menschen.

Die Wahlen

Nach den Wahlen gelang es Kandidat Odinga, die kollektive Frustration der Bevölkerung in eine Massenbewegung umzustimmen. Natürlich zu seinen Gunsten. Er begründete seine Niederlage damit, dass nur eine Wahlfälschung seitens Kibaki diese Niederlage hervorrufen könne. So ganz unbegründet ist seine Aussage nicht, denn es gab in mehreren Bezirken eine Wahlquote von 115%. Außerdem machte die Regierung den Wahllokalen Druck, dass sie die Auszählungen schneller vorantreiben solle. Unter anderem waren dies Gründe eines Manipulationsvorwurfs, der bei der Festlegung des Wahltermins anfing und über Neugliederung einiger Wahlbezirke bis hin zur Bestimmung der Mitglieder der Wahlkommission führte. Nachdem Kibaki seinen Wahlsieg ausrief, kam es zu einem Aufschrei der Bevölkerung. Als hätte Kibaki dies geplant, ließ er direkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit seine Truppen aufmarschieren und verbot Live-Übertragungen.

Der Wahlkampf zeichnete sich durch Inhaltslehre aus. Es ging primär darum, wer, wo, welche Wahlgeschenke verteilte. Doch gerade das Schweigen sagte

mehr zu den Konfliktthemen aus als die Streitdebatten. Eines der Schweige-Themen war die Gewaltwelle in der Mount Elgon Region, welche zufälligerweise in der Woche vor den Wahlen stattfand. Es gab nur eine kurze und knappe Äußerung seitens der Regierung, dabei handle es sich um traditionelle Landkonflikte, mehr wurde zu diesem Thema auch nicht erläutert. Ein anderes sehr interessantes Schweige- Thema war, dass innerhalb von 5 Monaten rund 500 Jugendliche von der Polizei getötet worden sind. (www.knchr.org). Sie seien angeblich Mitglieder der kriminellen Mugiki-Kultur. Die Mungiki sind Nachfahren der MauMau. Die MauMau waren jene Kämpfer, welche die Unabhängigkeit Kenias 1963 erkämpfte. Sie waren also Helden des kenianischen Volkes, welche die Kolonial Herren (Briten) verjagten. Die Mungiki erfüllten bzw. erfüllen eine Wächterfunktion, die außerstaatlich agiert. Ursprünglich sagten sie, sie werden ruhen bis wieder eine Macht das Volk bedroht, erst dann werden sie wieder in den Krieg ziehen. Heute aber sind die Mungiki teilweise eine marodierende Guerrilla, die Autos ausraubt, Straßenzölle erhebt und tötet.

Anfang Juni 2007 sagte der damalige Minister für innere Sicherheit, der Hardliner John Michuki, vor laufenden Kameras: „Wir werden mit ihnen aufräumen und sie ausrotten. Ich kann ihnen nicht sagen wo sich die Verhafteten aufhalten. Was sie aber hören werden, ist dass morgen ein Begräbnis stattfinden wird.“ Es gründete sich auch eine Sondereinheit allein mit dem Ziel die Mungiki auszurotten. Sie nennt sich Kwe Kwe und Rhino-Squard.

Die Perspektive

Die schweren Konflikte in Kenia sind Ausdruck des kolonialen Erbes der imperialistischen Länder, die Staaten am Reißbrett entwarfen und gezielt darauf hinarbeiteten, ethnische Konflikte in ihren Interessen zu schüren. Heute nach ihnen zu rufen, um in Kenia zu „vermitteln“, ist entweder politische Naivität oder Zynismus. Andererseits drücken die Ereignisse aber auch die Unfähigkeit, bzw. den mangelnden Willen der herrschenden Klasse Kenias aus, die sozialen Belange der Kenianer/innen zu befriedigen. Weder

Kibaki, noch Odinga stellen für die verarmten Massen eine Alternative dar, da sie beide auf der Seite des Kapitals stehen und weiterhin eine pro-westliche, neoliberale Politik anstreben. In Kenia muss eine Organisation aufgebaut werden, welche die Arbeiter/innen, Bäuer/innen und Jugendlichen über ethnische Grenzen hinweg organisiert und somit endlich Schluss macht mit den verheerenden Spaltungen entlang ethnischer Linien. In Kenia, wie auch sonst auf der Welt, verläuft die echte Spaltung nicht entlang von Ethnien, sondern von Klassen. Nur wenn sich die Kenianer/innen ihr eigenes Instrument schaffen, um sich gegen Übergriffe von Polizei und Militär zu wehren, die Kontrolle über die Wirtschaft zu erlangen und den korrupten kapitalistischen Staat zu zerschlagen, können die Proteste in einer echten Alternative enden. Diese Rolle kann und muss eine revolutionäre Partei übernehmen.

Der bürgerliche Feminismus

Der bürgerliche Feminismus und der 8.März

REVOLUTION Mai 2008

Pünktlich zum 8.März verlautbarte Alice Schwarzer ihre Meinung zur Bedeutung des internationalen Frauentags. Sie „könne es verstehen, dass junge Frauen mit dem 8.März nichts anfangen können…, dieser Tag stamme ja auch nicht aus der Frauenbewegung, sondern

sei eine Art sozialistischer Muttertag im Ostblock gewesen“.

Nun mit einem hat Fr. Schwarzer sicherlich recht, der 8.März hat nichts mit der bürgerlichen Frauenbewegung zu tun, für die Fr. Schwarzer und ihre politischen Einstellungen beispielhaft sind.

Der 8.März hat seinen Ursprung in den revolutionären Kämpfen der Petrograder (St. Petersburg) Textilarbeiterinnen am 23. Februar 1917, welche die Februarrevolution auslösten und damit das Ende der zaristischen Herrschaft in Russland einläuteten. Im Jahre 1921 war es die 2. internationale kommunistische Frauenkonferenz die den 8. März (nach westeuropäischem Kalender) als internationalen Frauentag ausrief, als Andenken an den revolutionären Aufstand der Petrograder Frauen.

Diese Frauenbewegung hatte sicherlich nichts mit der bürgerlichen Frauenbewegung heute zu tun, der Unterschied ist die zentrale Frage: wie kann die Gleichberechtigung umgesetzt und die Ausbeutung der Frau beendet werden?

Die Rolle der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft

Mit der Entwicklung der kapitalistischen

Industriegesellschaft veränderte sich die Stellung der Frau. Zum einen war sie, wie zuvor auch – für die Familie und die Versorgung der Angehörigen zuständig, diese Arbeit nennen Marxistinnen Reproduktionsarbeit, zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft.

Zum anderen wurde die Frau auch direkter Bestandteil des Proletariats, anfangs im 19.Jhd. zumeist in der Textilindustrie, später während den Weltkriegen auch als Arbeitskraft in der Schwerindustrie – der Kapitalismus revolutionierte die soziale Stellung der Frau im Gegensatz zur patriarchalen religiösen Ordnung des Mittelalters, in der Frauen allein die „häusliche“, die reproduktive Arbeit leisten mussten. In ihrer Stellung als Arbeitskraft gegenüber dem Kapital wurde und wird die Frau zu niedrigeren Löhnen ausgebeutet, stehen ihr weniger Arbeitsrechte zu und auch die politischen Rechte innerhalb des Proletariats mussten erkämpft werden. Dies geschah zumeist durch politische Erfolge der Arbeiterbewegung, Revolutionen brachten das Frauenwahlrecht und die Oktoberrevolution in Russland war ein entscheidender Wendepunkt im Kampf der proletarischen Frau.

Den Kampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft führt die bürgerliche Frauenbewegung – dieser Bewegung

geht es um Gleichberechtigung im bürgerlichen kapitalistischen System. Natürlich unterstützen wir als Marxistinnen jede fortschrittliche Forderung der bürgerlichen Frauenbewegung, sei es Wahlrecht oder Lohnhöhe – aber wir sehen die Befreiung der Frau nicht in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern nur im Ende der Klassengesellschaft.

Daher ist es für Fr. Schwarzer z.B. ein großer Erfolg der Frauenbewegung wenn Fr. Merkel in Deutschland Kanzlerin wird oder Fr. Rice in den USA Außenministerin ist – unabhängig davon welche Politik von ihnen gemacht wird.

Für die kommunistische Frauenbewegung ist es nicht wichtig welche Position im bürgerlichen Ausbeutungssystem von Frauen bekleidet wird, es bleibt ein Ausbeutungssystem mit weiterhin unterdrückten und extra-ausgebeuteten Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft.

Bis heute verdienen Frauen in Deutschland z.B. ca. 20% weniger als Männer in den gleichen Berufen, sind als Alleinerziehende von Arbeitslosigkeit besonders betroffen und sind weiter-hin Objekt von Sexismus und Menschenhandel, hier hat die bürgerliche Frauenbewegung wenig bis nichts erreicht.

Die bürgerliche Frauenbewegung ist

zufrieden wenn Frauen auch an der bürgerlichen Herrschaft beteiligt sind, sie auch Kriege befehlen dürfen oder auch Vorstand eines Großkonzern werden. Bemängelt wird die geringe Anzahl von Frauen in den Vorstandsetagen, damit wird die Sicht dieser „Frauenbewegung“ deutlich, es geht um den Preis als Arbeitskraft in der kapitalistischen Gesellschaft und nicht um die Befreiung von Ausbeutung und Sexismus.

Staatstragender Feminismus

Seit dem ausgerufenen „Krieg gegen den Terrorismus“ wirkt die bürgerliche Frauenbewegung auch an dieser „Front“ – im ideologischen Kampf gegen den Islam und die Völker im Nahen und Mittlerem Osten. Schon im Afghanistan Krieg wurde von der Befreiung der islamischen Frau gesprochen, der Westen sollte mit der versprochenen Demokratie und Freiheit auch die Gleichberechtigung im bürgerlichen Sinne durchsetzen. Geblieben ist von den Versprechen nichts, die besetzten Völker versinken im Bürgerkrieg gegen die Besatzung und die Frau darf höchstens als Kollaborateurin in Kabul ihre soziale Stellung verbessern, im Irak hat sich die Situation der Frauen sehr verschlechtert.

In den kriegsführenden Staaten wird eine rassistische Hetze gegen die

islamische Völker betrieben, nicht selten mit bürgerlichen Feministinnen als sog. „linke“ Flankendeckung. So ist Alice Schwarzer immer dabei wenn der Islam, im allgemeinen als reaktionär und totalitär verleumdet wird, sie und ihre Zeitung „Emma“ betreiben rassistische Hetze gegen den islamischen Mann und fordern stärkere staatliche Eingriffe in die sozialen Strukturen der islamischen Gemeinde.

Natürlich verurteilen auch wir aufs schärfste jegliche Form der Unterdrückung und Entmündigung der islamischen Frau, wenden uns gegen jede Form des Frauenhandels und fordern den Schutz der islamischen Frau durch die Organisationen der Arbeiterbewegung gegen reaktionäre und autoritäre Strukturen in den islamischen Familien. Genau wie wir uns gegen die reaktionären patriarchalen Verhältnisse vieler monotheistischer Religionen wenden, bekämpfen wir auch die bürgerliche Unterdrückung und Entrechtung der Frau und vor allem müssen wir uns entschlossen gegen die antiislamische rassistische Hetze wenden, die heute von allen Teilen der herrschenden Klasse betrieben wird.

Kampf dem Sexismus

Für uns als Jugendorganisation ist der

Kampf gegen den Sexismus, gegen die sexuelle Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen und Mädchen sehr wichtig – in der Organisation und in allen Bereichen der Jugend.

Große Teile der Medien und Werbewirtschaft betreiben sexistische Werbung – der weibliche Körper wird in allen möglichen Facetten ausgebeutet und vermarktet, fast jedes Produkt kann mit einem nackten oder halbnackten weiblichen Körper verkauft werden. Als Kommunistinnen betreiben wir daran keine moralische Kritik – Nacktheit gehört zum Menschen wie die Klassenangehörigkeit, die sexuelle Selbstbestimmung war und ist Ziel aller revolutionären Kommunistinnen.

Wir wollen aber entschlossen der sexistischen Ideologie in vielen Bereichen der Jugendkultur wie in der Musik entgegen wirken. Gerade junge Mädchen befinden sich unter einem starken sozialen Druck in der Pubertät, TV und Presse geben vor wie eine Mädchen aussehen soll, wie viel es wiegen darf und wie es möglich „sexy“ wirken soll. Neben den physischen Auswirkungen wie Magersucht kommen auch viele Mädchen mit den psychischen Folgen nicht klar, bekommen in jungen Jahren Depressionen und können nur schwer ein Selbstbewusstsein entwickeln.

Dagegen hilft keine bürgerliche Frauenbewegung, die zum Sexismus wenig zu sagen hat und derzeit eher dem antiislamischen Rassismus frönt – gegen die Ausbeutung des weiblichen Körpers, gegen den massiven sozialen Druck von Medien und Gesellschaft hilft nur eine revolutionäre Organisierung der Frauen und Mädchen, hilft nur der Sturz der kapitalistischen Klassengesellschaft.

Hungerkrise und Patente auf Leben

Hungerkrisen und Patente auf Leben

REVOLUTION Mai 2008

Die globale Umweltkatastrophe ist inzwischen soweit fortgeschritten, dass sie selbst die bürgerlichsten Politiker nicht mehr abstreiten können. In den Medien wird man fast täglich mit dem Thema konfrontiert. Neben dem so genannten Klimawandel ist es eine Vielzahl sich gegenseitig verstärkender Phänomene,

die in den letzten Jahrzehnten gehäuft auftreten.

Im Angesicht solcher ökologischer Probleme treten Klassenunterschiede klar zutage. An den Folgen des Hurrikan Katrina vor drei Jahren starben 1.800 Menschen, vorwiegend Teile der armen Bevölkerung New Orleans' – Hilfe kam nur den Reichen zuteil. Beim Tsunami am 26. Dezember 2004 kamen 165.000 Menschen ums Leben – 1,7 Millionen wurden Obdachlos. Betroffen sind nicht nur Arbeiter, sondern auch Kleinbauern, die ihren Besitz verloren haben. Die Folge ist eine verstärkte Proletarisierung der Bevölkerung.

Doch oft noch schlimmer sind Effekte, die über einen langen Zeitraum auftreten und nach-und-nach zunehmen.
Ein Beispiel hierfür ist die Desertifikation – ein fortwährendes Problem in der Landwirtschaft. Durch chemische und physikalische Einflüsse wird die landwirtschaftliche Nutzbarkeit von Bodenflächen reduziert, bis eine Wüstenbildung eintritt.

Die Ursachen sind vielfältig.
Hauptsächlich trägt die Überweidung zur Zerstörung des Bodens bei – zu hohe Viehbestände werden auf kleinen Flächen gehalten, um den überhöhten Fleischbedarf der westlichen Länder bei gleichzeitig niedrigen Preisen zu decken.

Des Weiteren treiben Entwaldung, übertriebene Nutzung von Pestiziden, Bodenversalzung oder -versauerung die Wüstenbildung voran.

Die Desertifikation ist somit unmittelbare Folge des ineffektiven, aber wirtschaftlichen Handelns der landwirtschaftlichen Großkonzerne. Sie tritt hauptsächlich in ohnehin trockenen Regionen auf: 40 Prozent der afrikanischen Bevölkerung leben in Gebieten, die von Desertifikation bedroht sind, in Asien sind es 39 Prozent, in Südamerika 30 Prozent. Entwicklungsländer sind am stärksten betroffen.

Phänomene wie die Desertifikation verstärken die Abhängigkeit armer Nationen von westlichen Staaten. Subsistenzwirtschaft wird auf diese Weise unmöglich.

Doch multinationale Landwirtschaftskonzerne treten auch bewusst und aktiv dafür ein, für die Bevölkerung noch ansatzweise hinnehmbare Strukturen zu zerstören und funktionierende Ökosysteme zu schädigen. Hierfür dient u.a. das Patentrecht auf Saatgut gentechnisch veränderter Pflanzen. Der von der USRegierung gestützte Betrieb Monsanto, Marktführer für genmanipulierte Samen (bspw. Soja, Bauwolle, Mais), hat die einfallsreiche Methode „Roundup-Ready“ entworfen; die so veränderten

Pflanzen sind immun gegen extreme Herbizide (Pflanzengifte) und Pestizide (Insektengifte). Parallel dazu wird das ebenfalls von Monsanto hergestellte Gift „Roundup“ gespritzt. Auf diese Weise werden alle anderen Pflanzen außer den Monsanto-Pflanzen abgetötet.

Da deren Saatgut um ein vielfaches teurer als herkömmliches ist und man zudem das teure Pflanzenschutzmittel „Roundup“ kaufen muss, ist die Methode eigentlich unwirtschaftlich. Den meisten Bauern bleibt jedoch keine Alternative. Entweder der Wind trägt das Spritzmittel von umliegenden Feldern zu den eigenen und tötet die ungeschützten Pflanzen, oder die Pflanzen kommen von sich aus auf das Feld und können nicht mit Gift beseitigt werden. Der Konzern Monsanto überprüft nun, ob Bauern ihr manipuliertes, patentiertes Saatgut anbauen – und verlangen Geld.

Diese Strategie wird nicht nur in den USA genutzt, um die Monopolstellung des Betriebes zu festigen. Auch in Asien, Afrika und Osteuropa nimmt die Roundup-Ready-Methode Millionen von Kleinbauern die Existenzgrundlage und zerstört die Möglichkeit einer eigenständigen Wirtschaft. Zudem werden auf diese Weise die Preise für Lebensmittel und somit die Opfer des Welthungers in die Höhe getrieben.

Neben Monsanto sind es auch europäische Konzerne wie Bayer und BASF, unter deren Einfluss die Landwirtschaft weltweit steht. Gleichzeitig gibt es eine massive Spekulation im Lebensmittelmarkt. Von Haiti bis nach Indonesien steigen die Lebensmittelpreise stark an, das internationale Finanzkapital hat nach dem Platzen der Immobilienblase ein neues „Spielfeld“ entdeckt, die globalen Rohstoffmärkte. Die Preise für Reis, Mais und Weizen steigen massiv, in vielen Halbkolonien werden die Lebensmittel knapp – inzwischen warnt sogar der imperialistische IWF vor der Gefahr von steigenden Lebensmittelpreisen und den damit einhergehenden Hungeraufständen und Revolten.

Derartige Entwicklungen sind unmittelbar mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verknüpft. Dass dies langfristig extreme Schäden verursacht und die Ernährungsgrundlage von Milliarden gefährdet, ist irrelevant für das Kapital. Die Kapitalistenklasse braucht sich nicht um Umweltprobleme zu scheren – das Opfer ist die Arbeiterklasse, die Bauern und die Jugend.

Revolutionär Antifaschistische Liste an der Uni Kassel

Mitarbeit in der Revolutionär Antifaschistischen Hochschulliste

REVOLUTION Mai 2008

Sehr geehrte(r) Leser/in,

wie Du mit Sicherheit weißt, konsolidiert sich unsere Gesellschaft aus ständigen Klassenkämpfen. Ob in Schule, im Studium, in der Ausbildung oder an der Arbeit, wenn wir nicht Opfer anderer Interessen sein, sondern ein selbst bestimmtes Leben führen wollen, müssen wir uns mit Gleichgesinnten organisieren und als Akteur in dem jeweiligen Klassenkampfkampf positionieren und intervenieren.
Dieser Artikel berichtet von einer dieser Auseinandersetzungen – dem Antritt einer neuen Hochschulliste, dem Wahlkampf an der Uni Kassel, und der Arbeit/Aktion innerhalb und außerhalb des Studentenparlaments der Revolutionär Antifaschistischen Liste.

Kassels

Mitglieder von REVOLUTION sind generell politisch. So haben wir uns auch an den Protesten gegen Studiengebühren in Hessen und bundesweit beteiligt (Demonstrationen/ Boykotte). Doch wurde uns in dieser Auseinandersetzung auch bewusst, dass der ASTA(Jusos) in Kassel nur den Landeswahlkampf 2008 im Sinne hatte und dementsprechend agierte. Bei den Demonstrationen gaben die ASTA-Leute den Mitstreitenden zu verstehen, dass dieses Problem nur im Parlament entschieden werden könne. Parolen wie: KOCH MUSS WEG!, skandierten durch die hessischen Städte wie Kassel, Marburg, Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, etc.

An der Uni Kassel waren wir zu dieser Zeit noch nicht organisiert, haben nur im PROTEST-PLENUM mitgearbeitet und die SOZIAListe bei ihrem Wahlkampf im Vorjahr unterstützt.

Bei einer REVO-Veranstaltung haben wir im Zuge einer Debatte rund um das Studium wie wir es uns vorstellen sehr schnell begriffen, dass wir uns als Liste an der Uni aufstellen müssen.
Da die Zusammenarbeit mit SOZIAListe

nicht ergiebig war, haben wir von REVOLUTION Kassel uns an die Studenten Kassels gewandt eine neue Liste zu gründen. Es folgte rasch ein Treffen von Interessenten aus dem Milieu der ANTIFA, des autonomen Kreises und diverser unorganisierter Einzelpersonen. Aus diesem Treffen ergaben sich weitere progressive Sitzungen, was endlich in folgenden Forderungen mündete:

– Referate für studentische Beschäftigte

-Wiederherstellung des Internationalismus Referats

– Aufbau eines Antifa Referats

– Für die Abschaffung jeglicher Studiengebühren

– Für ein BAföG von 1000 € mtl. für alle StudentInnen

– Für die Ausweitung des Semestertickets

– Gegen die selektiven Vorsriften der Bachelor-& Masterstudiengänge

– Für ein selbstbestimmtes/mündiges Studium

Obwohl wir keine Partei hinter uns hatten wie fast alle anderen Hochschullisten konnten wir trotzdem einen Sitz im Studentenparlament erreichen. Wir sind uns bewusst, dass durch das Parlament keine umfassende Änderung herbeiführen können, jedoch nutzen wir es als

Möglichkeit dort die Wahlversprechen
der „regierenden“ Listen zu überprüfen
und auch anzukreiden.

Das Thema Bildung ist mit der Gesellschaft
eng verknüpft, daher versuchen
wir als R.A.L. gesamtgesellschaftliche
Ereignisse bzw. Zustände an die Uni zu
tragen, um unsere KomillitonInnen
ein bischen mehr zu informieren
und politisieren! Hierfür veranstalten
wir bisher schon solche
Themenabende:

Venezuela – Sozialismus
des 21. Jahrhunderts?

NATO Sicherheitskonferenz
– Sicherheit
durch Krieg?

Privatisierung von Abschiebung-
Kein Mensch ist
illegal!

Wir freuen uns auch sehr,
wenn Menschen außerhalb der
Universität Kassel zu unseren
Veranstaltungen kommen, und wir
so mit ihnen Fragen diskutieren können.
Weitere Infos folgen, auch unter
www.myspace.com/ra_liste

Mathe,Bio – Streik!

Mathe, Bio – Streik!

REVOLUTION Mai 2008

Wenn jemand im Unterricht fehlt, dann meist, weil er krank ist. Wenn alle Schüler fehlen, ist das Bildungssystem krank. Dass tatsächlich etwas mit dem Bildungswesen nicht stimmt, ist schon daran ablesbar, dass es in Berlin derzeit Vorbereitungen für einen stadtweiten Schulstreik gibt – es wäre der dritte in drei Jahren!

Bildungsmisere

Dass die Debatte über die „zentrale Bedeutung von Bildung," die derzeit von allen Parteien rauf und runtergebetet wird, oft nur Wahlkampfgeklingel ist und nicht Anlass für reale Verbesserungen, ist auch in Berliner Schulen sichtbar. Auch unter dem Berlinere rot-roten Senat aus SPD und der LINKEN ist die Situation an vielen Schulen miserabel. Zu große Klassen, zu wenig LehrerInnen, zu viel Ausfall machen Schule für alle Beteiligten zu einer Frustveranstaltung. Die Kosten für die Eltern werden immer höher, die Lehrmittelfreiheit früherer

Jahre ist weitgehend abgeschafft, viele SchülerInnen aus ärmeren Haushalten – also auch viele ImmigrantInnen – können z.B. Klassenfahrten oft nicht mitmachen, weil das Geld fehlt.

Die Politik verschlimmert die Situation noch, indem anlässlich der PISA-Studien der Leistungsdruck in der Schule ständig erhöht wird. Zusammen mit den schlechten Lernbedingungen führt das dazu, dass immer mehr SchülerInnen Nachhilfe benötigen. Die (kostenpflichtige) Nachhilfe ist inzwischen zu einem riesigen Sektor angewachsen, der von großen privaten Bildungs-Unternehmen beherrscht wird.

Dieser Zustand erscheint umso absurder, als der seit Jahren zunehmende Sozialabbau und die schlechter werdenden Ausbildungs- und Berufsperspektiven für Jugendliche die offizielle These „gute Bildung erhöht die Chancen“ immer mehr als Märchen entlarvt. Wenn – wie in der Rütli-Schule – sich die soziale Frustration der SchülerInnen (und nicht nur bei ImmigrantInnen-Kindern) Bahn bricht, dann fällt den „Bildungs-Experten“ oft nichts Besseres ein, als rassistische Vorurteile zu schüren.

Entgegen den Hoffnungen der 68er-Generation ist Schule kein Ort der Selbstverwirklichung und für frohes Lernen geworden. Im Gegenteil: In der

Zwickmühle von leeren kommunalen Kassen und den immer dreister vorgebrachten Interessen des Kapitals wird der eigentliche Charakter von Schule und Bildung im Kapitalismus immer deutlicher: Ausbildung von Lohnabhängigen einerseits und Eliten andererseits, Vermittlung von systemkonformen Lerninhalten und Disziplinierung; zudem wird Bildung immer mehr privatisiert (Privatschulen, Eliteunis) und damit direkt zur Quelle von Profit.

Die immer offensichtlichere Krise des Kapitalismus ist letztlich auch die Ursache dafür, dass die Situation im Bildungswesen immer schlechter wird. Schlechter meint hier nicht nur Bildungsabbau, sondern v.a. die neoliberale Umstrukturierung von Bildung, ihre noch direktere Unterordnung unter die kurzfristigen Verwertungsinteressen des Kapitals. Angesichts der zunehmenden Probleme im Bildungswesen erweisen sich auch alle Formen von Demokratie und Mitbestimmung von Lehrenden, Lernenden und Eltern als Farce. Noch nicht einmal die Wahl eines Schulleiters ist möglich, von anderen, wesentlicheren Fragen wie Lehrplan, Schulorganisation usw. ganz abgesehen.

Deshalb muss es ein wesentliches Ziel des Schulstreiks sein, dass die Kontrolle über

Schule und Bildung, die in den Händen der Bildungs-Bürokratie, des Staates und des hinter ihm stehenden Kapitals liegt, attackiert wird.
Bundesweite Umfragen haben ergeben, dass Leistungsdruck und Versagensängste von SchülerInnen wie Eltern als Hauptproblem von Schule angesehen werden.

Gegen die unbefriedigenden Zustände an Schulen gab es deshalb in den letzten Jahren in Berlin zwei Schulstreiks mit mehreren tausend SchülerInnen – trotz Repression und Strafen gegen sie! Welches Potential für Protest und Widerstand darüber hinaus in der angeblich so unpolitischen Jugend „schlummert," wurde 2003 deutlich, als ca. 50.000 (in Worten: fünfzigtausend) SchülerInnen am Alexanderplatz gegen Bushs Irak-Krieg demonstrierten.

Jetzt geht's wieder los!

Seit mehreren Wochen laufen nun die Vorbereitungen für einen erneuten Berliner Schulstreik im Mai. Der Stand der Vorbereitungen ist sehr unterschiedlich. Während es an einigen Schulen bereits Aktionskomitees gibt, tut sich an anderen noch gar nichts, ein berlinweites Bündnis ist aber inzwischen entstanden.
Die kommunistische Jugendorganisation REVOLUTION ist aktiv dabei, den

Schulstreik zu organisieren. So gelang es ihren Mitgliedern, an einigen Schulen solche Komitees zu organisieren. Für eine breite Mobilisierung sind diese schulischen Komitees von entscheidender Bedeutung. Schon die letzten Schulstreiks haben gezeigt, dass nur eine feste Struktur an der Schule Aktionen vorbereiten kann, politische Fragen diskutieren und neue MitstreiterInnen und Bündnispartner (Schülersprecher, Elternvertreter, Lehrer des Vertrauens, Gewerkschaften, Studierende, linke Gruppen) gewinnen kann.

Aus VertreterInnen dieser schulischen Komitees und unterstützenden Organisationen muss ein stadtweites Bündnishule gebildet werden, welches die Ziele und Forderungen formuliert, Plakate, Flyer usw. herstellt, einen Mobilisierungsplan erarbeitet und den Streiktag selbst festlegt.

Hierbei zeigt sich aber auch schon ein zentrales Problem. Es gibt bisher kaum Strukturen an den Schulen, auf die sich eine Mobilisierung stützen kann. Nach jedem Streik in den letzten Jahren fiel die Bewegung fast wieder auf Null zurück. Woran liegt das? Zum einen daran, dass linke Organisationen und die Gewerkschaften meist nichts dafür tun, solche Strukturen aufzubauen. Auch die stärker im Jugendbereich verankerten

diversen Antifa-Gruppen kümmern sich meist fast nur um „ihre Probleme“ Antifaschismus/Antirassismus. So wichtig das ist, so ungenügend ist es aber auch. Letztlich ist es unmöglich, eine starke linke, antifaschistische Kraft aufzubauen, wenn nicht permanent und ernsthaft versucht wird, Probleme zu beackern, die alle Jugendlichen direkt betreffen – also Schule, Bildung, Ausbildung – und nicht nur „linke“ Jugendliche.

Wenn es in den nächsten Jahren gelingen soll, eine Bewegung aufzubauen, die nicht nur ab und zu protestiert, sondern die in der Lage ist, wirklich Veränderungen im Bildungsbereich zu erzwingen, so spielen dabei zwei Faktoren eine entscheidende Rolle.

Erstens muss eine starke revolutionäre Jugendorganisation aufgebaut werden, in der die bewusstesten und engagiertesten Jugendlichen organisiert sind. Nur so kann erreicht werden, dass in alle Sektoren von Protest und Widerstand eingegriffen werden kann und handlungsfähige Kerne existieren, die eine breitere Bewegung initiieren und aufbauen können. Nur eine politische Jugendorganisation ist bereit und in der Lage, über das Auf und Ab des Klassenkampfes hinaus kontinuierlich politisch zu handeln, die Lehren aus vergangenen Kämpfen zu ziehen und kommende vorzubereiten. Das Fehlen

einer solchen starken Jugendorganisation ist ein wesentlicher Grund dafür, dass auch ein Schulstreik immer wieder fast bei Null beginnt.

Die zweite entscheidende Frage ist die der Zusammenarbeit von SchülerInnen, Jugendlichen und ihrer Bewegung mit der Arbeiterbewegung. Es ist klar, dass selbst eine größere und stärkere Bewegung an den Schulen (grundsätzlich betrifft das auch die Unis) nur wirklich erfolgreich sein kann, wenn sie sich mit den Kämpfen der Arbeiterklasse verbindet, denn nur die Arbeiterklasse hat das soziale Gewicht und kann genügend ökonomischen Druck erzeugen, um Regierung und Kapital zu Zugeständnissen zu zwingen und deren Angriffe zu stoppen. Dafür gibt es im Moment gute Möglichkeiten. Die Streiks von ver.di, im Einzelhandel oder bei der Berliner BVG sollten auch von Jugendlichen unterstützt werden! Zugleich müssen die Gewerkschaften – v.a. ver.di und die GEW -, aber auch die LINKE aufgefordert werden, den Kampf der SchülerInnen zu unterstützen!

So notwendig der Kampf gegen diese Bildungspolitik auch ist – letztlich sind alle dabei erreichten Erfolge nur Teilergebnisse, nur Momentaufnahmen im Klassenkampf. Eine grundsätzliche Verbesserung von „Bildung“ ist innerhalb des Kapitalismus nicht möglich – allein

schon deshalb, weil Bildung immer in die allgemeinen ökonomischen und Gesellschaftsstrukturen eingebettet ist. Bildung, die von den Bedingungen und Zwecken des Kapitalismus und der Herrschaft der Bourgeoisie unabhängig oder ihnen gar entgegengesetzt ist, ist in dieser Gesellschaft unmöglich. Wer eine grundsätzlich andere Bildung will, muss auch ein grundsätzlich andere Gesellschaft wollen.

Das Berliner Schulstreikbündnis www.schulaction.de hat am 22.Mai in Berlin zum Schulstreik aufgerufen. Ab 10 Uhr am Potsdamer Platz wird sich die SchülerInnendemo ihren Weg durch Berlin bahnen mit Abschlußkundgebung und Konzert. In vielen deutschen Städten gibt es Schulbündnisse von unzufriedenen und aktiven SchülerInnen. Wir von REVOLUTION wollen dabei helfen die bundesweiten Bündnisse zu koordinieren um überall in Deutschland Schulstreiks gegen die kapitalistische, neoliberale Bildungspolitik auf die Straße zu bringen.

Rede 1.Mai 2008

Rede von REVOLUTION

Rede auf dem SchülerInnenblock der revolutionären 1.Mai Demo

Hallo,
ich bin Georg, Schulstreikaktivist und Mitglied in der Jugendgruppe REVOLUTION.

Momentan laufen die Vorbereitungen für den Berliner Schulstreik am 22. Mai. Es gibt ein berlinweites Streik-Bündnis und an mehreren Schulen Aktionskomitees.

Wir wissen alle, dass es genug Gründe für diesen Schulstreik gibt: zu große Klassen, zu wenig Lehrer, immer mehr Leistungsstress und Konkurrenz untereinander. Dazu kommt, dass Bildung durch Studiengebühren, private Nachhilfe und die Aushöhlung der Lehrmittelfreiheit immer teurer wird – und das in Zeiten immer stärkeren Sozialabbaus und immer massiverer Angriffe von Staat und Kapital.

Berlin ist da keine Ausnahme. Auch der Senat aus SPD und LINKSPARTEI wälzt die Kosten der Krise auf die Massen ab, auch er privatisiert, setzt Hartz IV um und kündigt Tarifverträge im Öffentlichen Dienst.

Gerade die LINKSPARTEI, die sich immer „sozial“ gibt und sich als „Alternative“ darstellt, beweist mit ihrer Politik, dass ihr das Mitregieren, dass ihr das Managen des Kapitalismus über alles geht. Sie ist nicht Teil der Lösung – sie ist Teil des Problems.

Die Misere im Bildungsbereich ist nur ein Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die kapitalistische Globalisisierung bringt der Welt nicht Wohlstand und Freiheit, sondern Krisen, Überausbeutung, Umweltzerstörung und Krieg. Die Hungerrevolten der letzten Wochen beweisen das erneut.

Die Finanzmarktkrise ist kein einmaliger Ausrutscher – sie offenbart nur,

welche riesigen Konfliktpotentiale die kapitalistische Weltwirtschaft aufgehäuft hat. Alle Hoffnungen, der Kapitalismus könnte per Reformpolitik sozialer, friedlicher oder ökologischer gemodelt werden, zerbrechen an der Realität.

Doch in Zeiten der Krise wächst auch der Widerstand. Im Irak und in Afghanistan bringt bewaffneter Widerstand die imperialistischen Besatzer an den Rand der Niederlage. In vielen Ländern haben Massenproteste und Streiks Attacken von Staat und Kapital abgewehrt.

Vor 40 Jahren, im Mai 68, kämpften in Frankreich StudentInnen, SchülerInnen und ArbeiterInnen gemeinsam und brachten das Regime an den Rand des Zusammenbruchs.

Auch 2007 kämpften französiche SchülerInnen, Studierende, ImmigrantInnen, ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen gemeinsam.

In diesem Sinne rufen wir Euch auf: Unterstützen wir hier und heute die KollegInnen der Post und anderer Bereiche, die streiken und mehr Mut beweisen, als kürzlich Bsirske und die ver.di-Führung, die erneut eine gute Gelegenheit für Widerstand für einen schlechten Kompromiss wegverhandelt haben.

Wir rufen Euch auf: Lasst uns am 22. Mai die Berliner Schulen bestreiken!
SchülerInnen, StudentInnen und ArbeiterInnen – gemeinsam gegen den Kapitalismus!
One solution – Revolution! …

Brief an REVOLUTION Pakistan

VORWÄRTS FÜR EINE REVOLUTIONÄRE JUGENDINTERNATIONALE!

ONE SOLUTION – REVOLUTION!

Liebe Genossinnen und Genossen aus Pakistan,

Ich übersende Euch vom internationalen Rat von REVOLUTION beste Grüße für Eure Intervention in die 1.Mai-Proteste in Pakistan.

Im letzten Jahr habt ihr im Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Jugendgruppe in Pakistan wichtige Schritte vorwärts gemacht, einschließlich der Herausgabe einer Zeitung, regelmäßige politische Diskussionen, Interventionen in die vermehrten Proteste gegen das Militär und kürzlich die Wahl euren ersten Leitung.

Ich muss Euch nicht erzählen, dass Pakistan ein Land mit wachsenden sozialen und politischen Unruhen ist. Es ist unsere Überzeugung, dass mit einem revolutionär-marxistischen Programm bewaffnet und mit Mut und Hingabe auch eine kleine Gruppe revolutionärer Jugendlicher in solch einer Situation riesige Sprünge machen kann.

Pakistan ist nicht das einzige Land, in dem sich die Massen radikalisieren und die Klassenwidersprüche zunehmen. Wir leben in einer Zeit, in der Millionen von Menschen das wahre Gesicht des Kapitalismus erkennen – sie erkennen, dass das Profitsystem selbst Kriege, Armut und soziale Verwahrlosung erzeugt.

In den großen sozialen Bewegungen des 21. Jahrhunderts nahmen hunderttausende, im Februar 2003 sogar Millionen den Widerstand gegen Krieg und Neoliberalismus auf. Dieser Widerstand forderte die vorherrschende politisch-ökonomische Ordnung heraus, welche die großen

imperialistischen Mächte seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verfolgen.

Als sich die Vereinigten Staaten selbst als die Führungsmacht einer „unipolaren“ Weltordnung konstituierten, sahen sie eine unvorhergesehene Gelegenheit um ihre Macht zu behaupten und die innere Krise zu lösen, die das kapitalistische System seit den 1970ern betroffen hat.

Die neoliberale Offensive von Angriffen auf ArbeiterInnenrechte, Gesundheitsvorsorge, die Beseitigung von „Hindernissen“ für das Kapital, die Eröffnung neuer Möglichkeiten der Kapitalakkumulation durch Privatisierung, die Ausnutzung von super-ausgebeuteten Arbeitskräften aus dem Süden – all das sind nicht ’schlechte Ideen’, sondern logische Folgen aus den Krisentendenzen des kapitalistischen Systems.

Der „Krieg gegen den Terror“, der sich heute in der Krise befindet, war ein militärischer Ausdruck des großen Verlangens der herrschenden Klasse der USA, ihre Hegemonie aufrecht zu erhalten und dem Versuch, ein „neues amerikanisches Jahrhundert“* durchzusetzen. Die großen Kämpfe, die diese Politik bekämpfen, haben die Möglichkeit eines anderen Jahrhunderts eröffnet- das Jahrhundert der sozialistischen Revolution.

Jedoch sind wir wie die großen Denker der marxistischen Tradition, vor allem Lenin und Trotzki, davon überzeugt, dass der Kapitalismus nicht von selbst aus seinen Widersprüchen heraus zusammenbrechen wird.

Nur die bewusste Aktion der ArbeiterInnenklasse wird das System überwinden und eine „andere Welt“ – eine sozialistische Welt – ermöglichen und den Absturz in die Barbarei aufhalten können.

Das ist der Grund warum wir uns heute in einer historischen Krise befinden. Vielleicht niemals zuvor existierte solch eine Trennung zwischen dem Willen und dem Verlangen der Massen den ganzen Weg bis zum Sieg zu beschreiten – und der Fähigkeit der existierenden Führungen sie in die Niederlage zu führen. Obwohl der Neoliberalismus die Reformen rückgängig gemacht hat, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der reformistischen Ideologie so viel Macht verliehen hatten, gibt es eine anhaltende Durchdringung

reformistischer Ideologie in der Arbeiter- und Massenbewegung.

Reformismus, wie die Revolutionärin Rosa Luxemburg einst feststellte, ist nicht das Vertreten verschiedener Meinungen zum Erreichen ein- und desselben Ziels, sondern führt in der Tat zu einem anderen Ziel. Anstatt die Kämpfe zu einem Kampf um die Macht der ArbeiterInnenklasse voranzutreiben – errichtet auf der Basis von demokratischen Räten an jedem Arbeitsplatz und erreicht durch die Zerschlagung des bürgerlichen Staates – treten Reformisten für Zugeständnisse mit und Unterordnung unter das existierende System, seinen Institutionen und seiner herrschenden Klasse ein.

Der Kampf um die „Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse“ zu lösen ist heute für revolutionäre MarxistInnen zentral. In diesem Kampf können junge Menschen eine wichtige Rolle spielen um breitere Schichten für das Banner des revolutionären Trotzkismus zu erreichen. Da junge Menschen zum ersten Mal an Kämpfen teilnehmen, sind sie nicht mit der Müdigkeit und den Erinnerungen an vergangene Niederlagen belastet. Sie können relativ schnell für neue revolutionäre Jugendmassenorganisationen und eine revolutionäre Jugendinternationale gewonnen werden.

Das gute Wachstum von REVOLUTION-Pakistan im letzten Jahr zeugt von einer Situation, die reich an Gelegenheiten für weitere Fortschritte ist. Es beinhaltet auch viele neue Herausforderungen und Gefahren für unsere Organisation. Wir– der internationale Rat von REVOLUTION- wollen Euch dabei helfen, diese großen Gelegenheiten zu nutzen und auf alle Herausforderungen und Hindernisse effektiv zu antworten.

In Eurer Arbeit über das letzte Jahr habt Ihr Euren Willen und Eure Bereitschaft bewiesen, unter dem Banner und Programm von REVOLUTION zu kämpfen. Das ist der Grund warum wir beim letzten Treffen des Internationalen Sekretariats von REVOLUTION einstimmig beschlossen, REVOLUTION-Pakistan formal als Sektion unserer Organisation einzuladen.

Wir möchten euch bitten, bei Eurem nächsten Leitungstreffen auf diese Einladung zu antworten. Das heißt, dass REVO-Pakistan alle „Rechte und

Pflichten“ als Mitglied unserer internationalen Strömung hat und wir laden Euch ein, eine Delegation zu der nächsten internationalen Konferenz zu schicken (2008 oder 2009 – muss noch bestätigt werden).

Formal existieren keine Anforderungen, um ein Sektion von REVOLUTION zu werden. Jedoch arbeiten wir auf der Grundlage, dass jede Sektion ihre ernsthafte Verpflichtung für unser Programm zeigen muss, um offiziell unter unserem Banner zu arbeiten – was ihr während der letzten Periode sicherlich getan habt.

Es ist unsere Überzeugung, dass die Gründung einer revolutionären Jugendorganisation in Pakistan in der Zeit solcher politischen Spannungen und Instabilitäten die Gelegenheit bietet, schnell Fortschritte zu erzielen. Ihr könnt sicher sein, dass wir Euch weiterhin in Eurer Arbeit in jeder möglichen Weise unterstützten werden, und dass wir unser Bestes geben, um euch Rat bei der Frage politischer Strategien und taktischer Erwägungen zu geben.

Wir haben Shehzad zu unserem Sommercamp in London diesen August eingeladen und hoffen, dass es eine hervorragende Gelegenheit sein wird, die internationalen Beziehungen zwischen REVO-Pakistan und unserer internationalen Leitung zu vertiefen. Wir würden auch gerne einen Genossen aus Europa schicken, um Euch im Herbst bei Eurer Arbeit zu unterstützen. Wir können nicht genug unsere Absicht betonen, REVOLUTION-Pakistan aufzubauen.

Schließlich, und ich denke ihr seid darüber bereits in Kenntnis, kämpft REVOLUTION in Solidarität mit der Liga für die Fünfte Internationale – einer revolutionären trotzkistischen Kaderorganisation. Langfristig gesehen denken wir, dass es ein realistisches Ziel ist, auf die Gründung einer Sektion der Liga hinzuarbeiten. Wir schätzen dies als eine dringende Notwendigkeit ein, weil wir wissen, dass junge Menschen alleine nicht die Welt verändern können. Dafür brauchen wir die Macht der ArbeiterInnenklasse – angeführt von einer revolutionären trotzkistischen Partei.

Ich überstelle Euch nochmals die besten Solidaritätsgrüße an diesem Tag der ArbeiterInnen.

Luke Cooper

Internationales Sekretariat von REVOLUTION

* „Project for a new amerikan century“: neoliberale Denkfabrik

---

Politisch-Ökonomische Perspektiven 2008

verabschiedet auf der REVO-Konferenz im Mai 2008

Der imperialistische Krieg

1) Seit dem Jahr 2001 führen die westlichen imperialistischen Staaten den „Krieg gegen den Terrorismus“ gegen die Völker des Nahen -und Mittlerem Ostens und Zentralasien. Unter Führung der USA wurden Afghanistan und der Irak angegriffen und bis heute besetzt. In den besetzten Gebieten Palästinas führt Israel stellvertretend Krieg gegen den Gaza Streifen und den Libanon. Die EU Staaten beteiligen sich an der Besatzung Afghanistans im Rahmen der NATO und im Libanon unter UN Mandat.

2) Allein im Irak starben als Folge der Besatzung bis heute ca. 650 000 IrakerInnen. Die USA und die Verbündeten führen einen brutalen Krieg gegen „Aufständische“ & „Terroristen“ – die Vorgänge um die Folterstätte Abu – Graibh sind ein Beispiel dieser Besatzung. Die soziale Lage in den besetzten Staaten und Gebieten hat sich drastisch verschlechtert, so wird der Gaza Streifen seit mehr als einem halben Jahr von Israel ausgehungert. Die installierten Marionettenregimes werden von der Bevölkerung im Irak und in Afghanistan bekämpft, die Niederlage dieser imperialistischen Aggression ist absehbar.

3) Gleichzeitig verstärken die USA, Israel und die EU die Kriegshetze gegen

den Iran. Auch dem Iran wird vorgeworfen, Massenvernichtungswaffen herzustellen und aktuell den Widerstand im Irak zu organisieren. Schon heute gelten Sanktionen gegen den Iran unter denen die Bevölkerung leidet, während die USA große Flottenverbände in den persischen Golf verlegen und Israel „Erstschlagsmanöver“ übt.

4) Alle imperialistischen Staaten haben inzwischen faktisch den „Präventivkrieg“ in ihre Gesetze aufgenommen, von der USA über die EU & Deutschland oder Japan ist der Angriffskrieg legitimes Mittel der „Selbstverteidigung“. Dies kennzeichnet auch die aktuelle imperialistische Epoche, Ziel ist die vollständige Unterwerfung aller Halbkolonien. Dabei nimmt der islamische Raum mit seinen Energieressourcen eine Schlüsselposition ein.

5) Eine wichtige Stütze für den Imperialismus im Nahen und Mittlerem Osten ist Israel. Mit dem Bau der rassistischen Mauer im Westjordanland und der Blockade des Gaza Streifen unterdrückt Israel weiterhin das palästinensische Volk. Die gewählte Hamas Regierung wurde praktisch durch den Präsidenten der Autonomiebehörde Abbas abgesetzt. Ein palästinensischer Bürgerkrieg im Gaza Streifen war die Folge. Aufgrund der Blockade sprengten die Palästinenser die Grenze nach Ägypten, mit der Folge dass ägyptische Sicherheitskräfte auf die Palästinenser einprügelten und nun ihrerseits eine neue Mauer an der Grenze errichten.

6) Dieser imperialistische Krieg trifft auf massiven Widerstand der arabischen Jugend und breiter Schichten der Arbeiter und Bauern. Sie kämpfen gegen die Besatzung, gegen die von den Besatzungsmächten eingesetzten Regierungen. Besonders die palästinensische Jugend kämpft seit Jahrzehnten gegen die israelische Besatzung. Wir sind solidarisch mit dem Widerstand gegen den imperialistischen Krieg, für das Recht auf Selbstbestimmung der besetzten Völker. Natürlich sind wir nicht solidarisch mit der Ideologie der Islamisten und ihrem bürgerlich-klerikalen Klassenhintergrund Gerade durch die Kriege gegen Afghanistan und den Irak ist der islamistische Widerstand führend geworden beim Kampf gegen die westlichen Besatzer. Wir rufen die Jugend, die Arbeiter und Bauern der islamischen Welt auf, ihren Kampf gegen den Imperialismus fortzusetzen und

die unterdrückten Klassen in einer sozialistischen revolutionären Bewegung zusammen- zuführen. Nur eine solche Kraft kann die reaktionäre Ideologie der Fundamentalisten wirksam bekämpfen.

Die imperialistische Krise

7) Der Imperialismus, als höchstes Stadium des Kapitalismus, ist Ausdruck der grundlegenden ökonomischen Widersprüche dieser Ordnung, nämlich dem Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte (Arbeitskraft, Produktivität) und den Produktionsverhältnissen (Privateigentum).Die Entwicklung globaler Produktions- und Konsumprozesse und die grundlegenden sozialen und ökologischen Fragen drängen nach einer globalen Planung. Das konkurrierende, internationale Kapital verhindert dies.“ Ebenfalls verschärft der tendenzielle Fall der Profitrate die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Blöcken.

8) In den letzten 10 Jahren gab es zwei Spekulationsblasen des internationalen Finanzkapitals. Während ab dem Jahr 2000 die Internetblase an den internationalen Börsen platzte, ist es heute die Immobilienblase, welche an den Börsen platzt. Die imperialistische Krise zwingt das Kapital, speziell die Großkonzerne, die aktuellen Profite zu sichern und wenn möglich die Lohnkosten zu senken. Dies führt zur Produktionsverlagerung in Billiglohnländer und zu vermehrter Spekulation, in Form von Fonds, welche global investieren um Konkurrenten auszuschalten oder mögliche Profite zu sichern.

9) Aktuell steigen weltweit die Rohstoffpreise. Hungerproteste in Haiti, Tunesien und Ägypten zeigen die Brisanz dieser Situation. Während die bürgerliche Politik und Presse den „steigenden Wohlstand“ auf der Welt für die Preissteigerung verantwortlich macht, sind es in Wirklichkeit in hohem Maße Spekulationen, welche den Preis nach oben treiben. Milliarden von Dollar, die nach der Immobilienkrise zurückgezogen wurden, suchen nach neuen Anlegemöglichkeiten und werden in die Spekulation auf Lebensmittelund Rohstoffen übergeführt. Diese Spekulation erzeugt eine künstliche Nachfrage und somit eine massive Preissteigerung. Gerade Grundnahrungsmittel haben sich in den letzten Monaten in Asien,

Lateinamerika und Afrika stark verteuert – anstelle einer globalen Planung gefährdet diese Börsenspekulation die Ernährung für Milliarden Menschen!

10) Während das Kapital und ihre politisch-militärischen Institutionen den freien Markt predigen und die Integration in den Weltmark notfalls militärisch gegen den Widerstand einer Bevölkerung durchsetzen werden Produkte der westlich-imperialistischen Staaten subventioniert. Dies hat in der aktuellen Nahrungsmittelknappheit besondere Auswirkungen.
Nahrungsmittel aus dem europäischen Wirtschaftsraum werden subventioniert, während gleichzeitig Nahrungsmittel aus armen Agrarländern zum „Schutz" der einheimischen [imperialistischen] Wirtschaft sanktioniert werden. Das führt dazu, dass arme Länder mit künstlich-verbilligten Produkten aus den Industrieländern überschwemmt und arme Bauern weltweit in die Armut und Arbeitslosigkeit getrieben werden.
Ganze Sektoren der Lebensmittelproduzenten armer Länder werden vernichtet bzw. geschluckt. Dieses führt wieder rum zu teuren Nahrungsmittelpreisen am Weltmarkt und noch mehr Hungertoten.

11) Die kapitalistische Produktionsweise hat massive Zerstörungen im Ökosystem der Erde hinterlassen. Selbst die bürgerliche Politik sieht sich gezwungen, die Klimakatastrophe anzuerkennen, gerade das letzte Jahrzehnt war auch Ausdruck der beginnenden Klimaveränderungen. Die weitere Ausbreitung der globalen Wüsten, das Abschmelzen der Pole, unregelmäßige Regenzeiten und die allgemeine Erwärmung bedrohen die Lebensgrundlage der Menschheit. Diese ökologische Krise wird auch immer deutlicher zu einer sozialen Krise. Es geht um die Kontrolle der Energieressourcen, der Lebensmittelproduktion und -verteilung, dem Zugang zu Trinkwasser. Anstelle einer allgemeinen Planung dieser globalen Probleme sehen wir Privatisierung und Enteignung der natürlichen Ressourcen durch internationale Großkonzerne. Diese Konzerne kontrollieren Anbau und Verkauf lebenswichtiger Güter und verwehren Milliarden den Zugang zu Lebensmitteln, Medizin oder Energie.

12) Die imperialistische Krise ist gekennzeichnet vom Krieg gegen die Halbkolonien, bei gleichzeitigem Angriff auf die sozialen Rechte und Errungenschaften der Jugend und der Arbeiterklasse weltweit. Es ist die

Aufgabe der Unterdrückten und Ausgebeuteten weltweit diesem Angriff Widerstand entgegen zusetzen. Vom militärischem Kampf gegen die Besatzung, über die Anti – Globalisierungsbewegungen weltweit bis zu Streiks der ArbeiterInnenklasse und Protesten der Jugend formiert sich ein internationaler Widerstand. Dieser Widerstand formiert sich gegen die herrschenden imperialistischen Blöcke, die USA und die EU.

Die imperialistische Konkurrenz

13) Die ökonomische und militärische Krise der USA schwächt ihre globale Vorherrschaft. Im Schatten dieser Krise formiert sich die EU zur neuen imperialistischen Großmacht. Unter deutsch-französischer Führung hat sich die EU zu einem transnationalen Suprastaat entwickelt. Eine europäische Bürokratie schafft die Rahmenbedingungen des Binnenmarktes, die Verfassungsverträge von Lissabon schaffen die Voraussetzung einer imperialistischen EU. Durch die EU Osterweiterung ist die EU zum größten kapitalistischen Binnenmarkt gewachsen – mehr als 430 Millionen Menschen stehen unter der Herrschaft des formierenden europäischen Kapitals, unter der Führung von Deutschland und Frankreich.

14) Die „Agenda von Lissabon“ aus dem Jahre 2001 will diesen europäischen Binnenmarkt bis 2010 zum stärksten Wirtschaftsraum machen, dies ist die ökonomische Kriegserklärung an die USA. Die EU soll die meisten Investitionen des Finanzkapitals anlocken, soll die meisten Profite abwerfen und die höchste Produktivität erreichen. Dafür werden in den europäischen Staaten eigene 2010 Agenda´s verabschiedet, diese haben massive Steuersenkungen für das Kapital zur Folge, zerstören die Sozialsysteme und privatisieren die ehemaligen öffentlichen Güter. In allen Staaten gab und gibt es Angriffe auf die Erwerbslosen, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die drastische Senkung aller Sozialleistungen.

15) Gleichzeitig entwickelt die EU eine gemeinsame Außen -und Sicherheitspolitik.
Das europäische Militärbündnis (WEU) baut eine gemeinsame Armee auf, sog. „Battle Groups“ sollen innerhalb von 14 Tagen weltweit operieren können. Die EU schuf den europäischen Rüstungsmulti EADS, welcher unter

deutsch-französischer Führung strategische Militärgüter produzieren soll – als Gegengewicht zur Vorherrschaft der US Konzerne. Die EU übernimmt eigene imperialistische Interventionen wie in Mazedonien, Bosnien oder dem Kongo. Die EU will als globaler Militärakteur den Mittelmeerraum kontrollieren und darüber in Asien und Afrika die Vorherrschaft der USA brechen. Innerhalb der EU Bürokratie wird die bisherige Einstimmigkeit im Ministerrat abgeschafft, womit die Interessen der großen Mitgliedsstaaten noch direkter umgesetzt werden können, speziell die Interessen der Führungsmächte Deutschland und Frankreich.

16) Diese Entwicklung zum imperialistischem Suprastaat ist auch von inneren Widersprüchen gekennzeichnet. Zum einen die Rolle von Großbritannien, welches militärisch und ökonomisch an die USA gebunden ist. Dies wurde vor allem während des Irakkrieges deutlich, als sich um Großbritannien eine Koalition der kriegswilligen europäischen Staaten gebildet hatte und damit praktisch eine politische Spaltung der EU stattfand. Zum anderen ist es auch die Konkurrenz zwischen der militärischen Großmacht Frankreich und der ökonomischen Großmacht Deutschland um die Führung der EU, die die Widersprüchlichkeit des europäischen Imperialismus charakterisiert. Die deutsch-französische Führung muss verschiedene nationale Bourgeoisien hinter einem geeinten europäischen Imperialismus zwingen.

17) Die aktuelle Schwäche des US Imperialismus verschafft der EU einen größeren weltpolitischen Spielraum. Bei der Besetzung des UN-Sicherheitsrat strebt die EU (ebenso wie Deutschland) einen ständigen Sitz an, die EU ist in allen Krisenherden präsent. Besonders in den Halbkolonien Afrikas und Asiens tritt die EU in Konkurrenz zur USA um Rohstoffe, Arbeitskräfte und Investitionen. Gleichzeitig binden auch gemeinsame Interessen die USA und die EU aneinander. Die Niederhaltung der aufstrebenden Halbkolonien China und Indien, die militärische Unterwerfung des Nahen -und Mittlerm Osten und die Bekämpfung des globalen Widerstandes sind gemeinsame Ziele.

Internationaler Widerstand

18) Die „neoliberale Globalisierung“ und der „Krieg gegen den Terrorismus“ haben eine neue Welle des Widerstand gegen den Imperialismus ausgelöst. Im Nahen -und Mittleren Osten ist es der militante Kampf gegen die Besatzer, der dem Imperialismus trotzt. In Lateinamerika ist es eine „antineoliberale“ Bewegung der Arbeiterklasse, der Bauern und der Jugend gegen die Globalisierung, die den Kontinent erfasst hat.
Der ehemalige „Hinterhof“ der USA spricht vom „Sozialismus des 21.Jhd.“, die US dominierte Freihandelszone NAFTA ist gescheitert, der IWF verliert die Kontrolle über immer mehr Staaten und verschiedene linkspopulistische Regierungen wurden gewählt.

19) Die Linksbonarpartistischen Regierungen von Chavez (Venezuela) und Morales (Bolivien) sind Ausdruck dieser Anti-Globalisierungsbewegung. Die Bewegung fordert die Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen und die Rückführung der privatisierten öff. Güter in öffentlichen Besitz.

20) Die Anti-Globalisierungsbewegung vereint nationale Regierungen in Lateinamerika mit den AktivistInnen gegen die G8, die WTO oder den IWF. Seit den Protesten gegen die WTO Tagung in Seattle 1999 und gerade nach den Unruhen von Genua 2001 gibt es eine weltweite Bewegung gegen den Imperialismus. Auch 2007 sahen wir in Heiligendamm Zehntausende von AktivistInnen, welche eine Woche lang gegen das Regime der G8 protestierten. Während in Europa gerade die Jugend und Teile der Gewerkschaften diese Bewegung repräsentieren, sind es in Asien auch die Arbeiter und Bauernmassen, die gegen die „Globalisierung“ kämpfen. Der Kampf um Arbeitsrechte, der Kampf über die Verfügung des Saatgutes prägt den Widerstand in Asien. Große soziale Spannungen führen immer wieder zu militanten Arbeitskämpfen oder regionalen Unruhen, gerade in China, Indien und Pakistan.

21) Während in Lateinamerika und Asien Massenbewegungen gegen die Globalisierung entstanden, nimmt auch der Widerstand in Europa und den USA zu. Die Jugend stand dabei stets an der Spitze des Protest, sei es gegen G8 etc. oder den Irakkrieg, als Millionen auf der Straße waren. Die europäische Jugend ist betroffen vom massiven Sozialabbau und einer selektiven Bildungspolitik, in fast allen europäischen Staaten war die Jugend

aktiv in den letzten Jahren – wie in Frankreich, als der Widerstand der Jugend eine Staatskrise ausslöste. In Italien kämpften große Teile der Jugend gemeinsam mit der ArbeiterInnenbewegung gegen die Politik Berlusconis, genau wie in Griechenland seit Jahren gegen die „griechische Abgenda 2010“. Auch in Deutschland waren SchülerInnen, StudentInnen und Azubis auf der Straße – gegen die Einführung der Studiengebühren, gegen neoliberale Bildungsreformen, gegen den Sozialabbau, „Sicherheits“Gesetze und imperialistischen Krieg.
In den USA waren es die Proteste der MigranntInnen aus der Arbeiterklasse, der Millionen gegen die rassistische Politik der Bush Regierung auf die Straße führte, wie auch die Friedensbewegung während des Irakkrieges größer wurde.

22) Auf allen Kontinenten ist die Anti-Globalisierungsbewegung aktiv und hat sich mit dem WSF (Welt Sozial Forum) quasi eine organisatorische und politische Führung gegeben. Geführt wird dieser Widerstand zumeist von reformistischen Parteien und Gewerkschaften, wie wir in Heilligendamm sehen konnten. Es sind kleinbürgerliche Illusionen a´la Attac und neue reformistische Bestrebungen der vers. „Linksparteien“ und Teile der Gewerkschaftsbürokratie, die diesen Widerstand heute anführen.

Der Kampf für eine revolutionäre Führung, für ein revolutionäres Programm

23) Gerade die Sozialforumsbewegung ist Beispiel alter reformistischer Illusionen in den bürgerlichen kapitalistischen Staat. Linksparteien und Gewerkschaften haben diese Bewegung in dem letzten Jahrzehnt ihren reformistischen Zielen untergeordnet. Sie fordern ein „soziales Europa“, eine gerechte Weltregierung durch die UN, oder eine stärkere Besteuerung des Finanzkapitals – dies alles wollen sie im bürgerlichen Regime durchsetzen. Die Massenbewegung gegen Imperialismus und Globalisierung braucht eine revolutionäre Führung und Programm, um tatsächlich die Vorherrschaft des Kapitals zu beenden.

24) Alle Zukunftsfragen der Menschheit – Klima & Energie, Hunger und Verteilung, Planung und Produktion, können vom kapitalistischen System

nicht gelöst werden, der Kapitalismus selbst ist das Hindernis zu einer gerechten Weltordnung. Reformisten und Linkspopulisten wollen nur Teil dieses Staates sein, wollen innerhalb der „Sozialpartnerschaft“ mit dem Kapital Vergünstigungen für ihre Basis durchsetzen, aber nicht die Herrschaft des Kapitals brechen. Der militante Widerstand gegen den Imperialismus, die Arbeitskämpfe und Jugendproteste gegen die Globalisierung müssen auf revolutionärer Grundlage zusammen geführt werden, gemeinsam müssen diese Kräfte eine neue Internationale der ArbeiterInnenklasse und der Jugend aufbauen.

25) In den antiimperialistischen Bündnissen, in den kämpferischen Teilen der Gewerkschaftsbewegung und bei Schul -und Uniprotesten der Jugend müssen wir heute gegen diesen Reformismus kämpfen. Wir tun dies auf Grundlage unseres internationalen Programms „der Weg zur Revolution“ gemeinsam mit unseren Schwestersektionen von REVOLUTION und in politischer Solidarität mit der Liga für die 5.Internationale. Auf Grundlage der Analysen der revolutionären sozialistischen Bewegung, d.h. auf der Analyse der bürgerlichen Produktion und Reproduktion nach Marx & Engels, auf der Partei und Programmkonzeption von Lenin und Trotzki, wollen wir für ein revolutionäres Programm aller ausgebeuteten Klassen eintreten, also für eine proletarische Revolution kämpfen.
In den Tageskämpfen treten wir mit Übergangsforderungen und Aktionsprogrammen auf, vertreten diese in Aktionsbündnissen (Einheitsfront) und agitieren damit wir für ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Lösung.

Kurze Analyse Deutschlands

1) Seit dem Amtsantritt der Großen Koalition unter Kanzlerin Merkel wird die von Rot-Grün beschlossene Agenda 2010 weiter fortgeführt. Das Kapital konnte die bevorzugte schwarz-gelbe Koalition nicht durchsetzten, gerade das Erstarken der „neuen“ Linkspartei zwang zur Großen Koalition. Seitdem wurde die Rente mit 67 eingeführt, die Mehrwertsteuer um 3% erhöht und das Großkapital um weiter Milliarden Steuern entlastet. Gleichzeitig hat Kanzlerin Merkel den „EU Verfassungsvertrag“ durchgesetzt, welcher die

gescheiterte Verfassung ersetzen soll und die weitere imperialistische Formierung der EU zum Ziel hat. Unter deutschem Kommando schickte die EU 2006 Soldaten zur Wahlbeobachtung in den Kongo, die Bundeswehr erhöht das Kontingent in Afghanistan und bereitet Einsätze im Sudan und Tschad vor – die Große Koalition forciert die Militarisierung der deutschen/europäischen Außenpolitik.

2) Innerhalb der Regierungskoalition befindet sich die SPD in einen schwere inneren Krise. Die zweite reformistische Kraft, die Linkspartei, zieht nun auch in ehemals westdeutsche Landtage ein und bringt die SPD in eine Grundsatzdiskussion. So versuchen die „Linken" in der SPD mit Unterstützung der Gewerkschaften diese „linke" Mehrheit in den meisten Parlamenten regierungsfähig zu machen, so wie in Berlin seit 2001, während die offen wirtschaftsorientierten Flügel (Seeheimer Kreis, Netzwerk) Koalitionen mit der Linkspartei verhindern wollen.

3) Aufgrund dieser Schwäche der SPD befindet sich die Linkspartei seit 2005 im Aufwind. Dies wird zwar nicht in den Mitgliedszahlen deutlich (~70 000), aber in den Wahlergebnissen bei den Landtagswahlen. Während die Linkspartei in Berlin offen die Agenda 2010 Politik der SPD mitträgt, spielt sie auf Bundesebene das linksreformistische Sprachrohr der armen und mittellosen Klassen. Die sog. „Linke" in der Linkspartei ist marginalisiert. In verschiedenen Netzwerken werden einige Posten der Linkspartei -und Gewerkschaftsbürokratie abgetrotzt, während kein politisch-programmatischer Kampf stattfindet. Einige Gruppen haben sich in der Linkspartei aufgelöst (Linksruck), andere betreiben ambivalente Entrismusmanöver (SAV, DKP) und bilden keine organisierte innerparteiliche Opposition. Die Organisation und das Programm der Linkspartei sind fest im Griff der „ehemaligen" PDS Bürokratie und den neu dazu gekommenden Gewerkschaftsfunktionären und ehemaligen SPD´lern und Grünen. Das Programm ist klar auf Regierungsbeteiligung ausgerichtet, dies ist das Ziel für 2009.

4) REVOLUTION war nach der bürokratischen und reformistischen Fusion der Linkspartei in der WASG Berlin und im NLO (Netzwerk Linke Opposition) aktiv. Gemeinsam mit anderen Gruppen stellten wir eine revolutionäre

Mehrheit im NLO gegen das heutige „Scharf-Links“ Netzwerk, welches jetzt im Umfeld der Linkspartei, der Friedensbewegung und der DKP informiert. Mit den verbliebenden Gruppen im NLO ist die GAM in der Diskussion um das revolutionäre Programm und den Aufbau einer revolutionären Organisation. Dies wollen wir auch weiterhin unterstützen. Der antikapitalistische Widerstand hat im Rahmen des letztjährigen G8 Gipfels an Zulauf und Aktivität gewonnen, allerdings ohne politische programmatische Fortschritte zu machen, besonders das kleinbürgerlich-anarchistische-autonome Milieu ist dabei prägend.

5) Diese Krise des Programms und der Führung kennzeichnet auch die Arbeitskämpfe der letzten Jahre. Während in vielen Streiks (Öff. Dienst 2006, Telekom & GDL 2007) die Beschäftigten hoch motiviert in die Kämpfe gingen, fahren die Gewerkschaftsspitzen einen Schlingerkurs gegenüber der Großen Koalition. So waren die Proteste gegen die Rente mit 67, mit dezentralen Demos im Oktober 2006 vorbei. In den Arbeitskämpfen von Opel Bochum, BSH Berlin u.a. verkaufte die Gewerkschaftführung die kämpfenden Beschäftigten und paktierte beim Personalabbau. Zuletzt verhinderte ver.di einen bundesweiten Streik des öffentlichen Dienstes, die ausgehandelten Lohnerhöhungen stellen zwar nach vielen Jahren Lohnverlusten einen Fortschritt dar, werden aber durch erhöhte Steuern und Inflation wieder aufgefressen. Innerhalb der Gewerkschaften sind die „Linken“ geschwächt, viele betreiben nun für die Linkspartei Gewerkschaftspolitik und es fehlt eine organisierte klassenkämpferische Opposition.

6) Die Reformisten aus Gewerkschaften und Parteien fordern für die Beschäftigten einen „Anteil am Aufschwung“. So gehen die Gewerkschaften seit ca. 2 Jahren mit höheren Lohnforderungen in die Arbeitskämpfe, getoppt wurde diese Entwicklung sicherlich von der GDL und dem Marburger Bund, als mehr als 30% Lohnerhöhung diskutiert wurden. Seit ca. 3 Jahren befindet sich Deutschland in einem konjunkturellen Aufschwung, welcher durch den massiven Sozialabbau der Agenda 2010, der Lohnkürzungen der Beschäftigten, Nullrunden bei den Rentner und der Zunahme des Niedriglohnsektors (>20%) dem deutschen Großkapital höhere Profite sichert. Während durch Finanzkrise und Rohstoffspekulation die nächste

Periode der Stagnation/Rezession für Deutschland sichtbar wird, versucht der Reformismus für einige Kernbelegschaften des deutschen Kapitals die Löhne zu erhöhen – dies gilt natürlich nicht für die Jugend, die Arbeitslosen, die Armen und die Rentner.

7) Neben der weiter fortschreitenden sozialen Spaltung nehmen faschistische Aktivitäten zu. Die NPD ist erfolgreich in zwei ostdeutsche Parlamente eingezogen, in vielen Regionen haben faschistische Kameradschaften, lokale „Anti-Antifas“ oder JN Gruppen massiven Einfluss und Zugang zur Jugend. In ihrer Propaganda betreiben die Neofaschisten nationale Globalisierungskritik, geben sich „national-sozialistisch“ und benutzen soziale Phrasen zum Stimmenfang. Der staatliche antiislamische Rassismus, welcher von großen Teilen des Kleinbürgertums mitgetragen wird, erleichtert den Faschisten den Weg in die Parlamente und den politischen Aufstieg. Diese Strukturen können nicht durch bürgerliche Verbote bekämpft werden, dies kann nur eine entschlossene antifaschistische Einheitsfront der Jugend, der MigrantInnen und der ArbeiterInnenklasse. Dazu müssen wir die Gewerkschaften und die linken Massenorganisationen auffordern sich aktiv an der Verteidigung zu beteiligen und neben der Mobilisierung gegen faschsitische Manifestationen vor Ort Vernetzungsgremien, Schutz- und Selbstverteidigungsgruppen aufbauen.

8) Zwar erlebt die antifaschistische-autonome Szene seit Heiligendamm einen leichten Zulauf, durch Erstpolitisierung vieler Jugendlichen, ist aber nicht in der Lage dieses Potenzial zu konsolidieren und zu organisieren. Ihre humanistisch-moralistische Kritik am Faschismus und bürgerlichen Staat ist idealistisch und erfasst nicht annähernd die soziale Wurzel des Faschismus, das Bürgertum und ihr kapitalistisches System.
Ein Programm oder wenigstens Aktionskonzept zur Verbindung des Arbeiterkampfes, des Antifa-Kampfes und dem Problemen der Jugend ist hier nicht möglich. Stattdessen wird einerseits Linkspartei, Friedensbewegung und Gewerkschaften hinterhergelaufen, die den „Aufstand der Anständigen“ beschwören, zu „mehr Toleranz“ mahnen und „die“ Demokratie verteidigen. Adressat hier ist die „Zivilgesellschaft“ oder einfach „der Bürger“.
Oder andererseits szeneelitäre und isolierte Kleincliquen aufrechterhalten,

die sich vollständig auf die Bekämpfung der Symptome des Systems ausrichten und isolierte „direkte Aktionen“ durchführen.

9) Die Spaltung innerhalb der „Antifa“ Szene – wobei der proimperialistisch-rassistische Flügel der sog. „Antideutschen/ bzw. „Antinationalen“ inzwischen ganze Regionen unter politischer Kontrolle hat und auch über verschiedene Wege in den Gewerkschaften, linksliberale Medienorgane und der Linkspartei gelandet ist – zeigt die kleinbürgerliche Degeneration auf.
Kritik am rassisistisch-imperialistischen Israel wird als „Antisemitismus“ bezeichnet, Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt und jede Kritik an der israelischen und amerikanischen Elite abgetan.

Widerstand formieren – SchülerInnenstreikkomitees aufbauen!

Widerstand gegen Bildungsabbau organisieren! SchülerInnenkomitee aufbauen!

In Zeiten des Imperialismus und der neoliberalen Globalisierung befindet sich der Bildungssektor unter ständigen Angriffen der Bildungsbürokratie und der Unternehmerschicht.
Abschaffung der Lernmittelfreiheit, Privatisierung der Kosten der Bildung wie Bücher, Nachhilfe usw., Arbeitszeitverlängerung für LehrerInnen und Einstellungsstop, Schulzusammenlegungen und -schließungen, Ausdehnung

von Überwachungs- und Strafmaßnahmen, Leistungsverdichtung und soziale Auslese und Intensivierung der individuellen Konkurrenz untereinander sind die praktischen Instrumente dieser Politik, um nur einige Angriffe zu nennen. Die Folgen sind katastrophal. Überfüllte Klassen, überarbeitete Lehrer, marode Schulen sind zwar nicht direkt gewollt, aber werden bei dieser Reform des Bildungswesens als notwendige Begleiterscheinung gerechtfertigt oder geleugnet.

Die Reorganisation des Bildungswesens ist eine wichtige Aufgabe der bürgerlichen Regierungen in der ganzen Welt. Dabei geht es nicht nur im Allgemeinen darum, dass das Bildungssystem ganz auf die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft zugeschneidert werden soll. Das heißt, dass ein neues Verwertungsfeld für die Kapitalisten erschlossen werden soll, um auf Kosten der Mehrheit ihre Profite kurzfristig zu stabilisieren.
Das heißt aber auch im Konkreten mehr Druck, mehr Stress und mehr Konkurrenz. Das heißt auch gute Bildung nur immer weniger, privilegierten Kindern zukommen zu lassen, während den Kinder der Masse dies verschlossen bleibt, unabhängig davon welches Talent oder welche Leitungen vorliegen- das hat die PISA-Studie bewiesen. Die Massenarmee aus billigen Arbeitskräften von Morgen braucht keine gute Bildung.

Widerstand!

Dagegen müssen wir uns organisieren und Widerstand aufbauen. Die SchülerInnen an Schulen, die Azubis in ihren Ausbildungsstätten und die Studis an den Unis müssen Aktionsgruppen aufbauen, die für ihre Rechte kämpfen und Angriffe abwehren.

Unabhängigkeit!

Die etablierten Interessenvertretungen – bsp. Die Schülervertretung (SV) (auszu)nutzen ist richtig. Diese SVen allerdings sind fest im bürgerlichen Staat verankert und haben sehr geringe Rechte. Sie sind keine kämpferischen Interessenvertretungen der Schülerschaft, sondern -ähnlich des Betriebsrates in Betrieben- nur eine Struktur mit beschränktes Mitbestimmungsrechten bei der technischen Durchführung der Angriffe auf

die SchülerInnen. Statements zur politischen Tagespolitik, Aktionen außerhalb der von der Bildungsbürokratie definierten Grenzen sind ihr untersagt. Auch wenn wir von REVOLUTION SVen vor Angriffen des Staates und ihrer Schreibtischtäter verteidigen und junge KämpferInnen ermutigen als SV-Kandidat anzutreten und dabei helfen den beschränken Rahmen für die Rechte der SchülerInnen, Werbung für Aktionen und der politischen Aufklärung voll und darüber hinaus auszunutzen, müssen wir gleichzeitig darauf drängen eigenständige SchülerInnenstrukturen in Form von Komitees, Vereinigungen, Aktionsgruppen oder Plena aufzubauen, die volle Propaganda- und Aktionsfreiheit besitzt und sich gleichzeitig vor Ort an der Basis verankert und diese in ihre Aktion einbezieht.

Kampagnenfähigkeit!

Diese Strukturen sollen nicht nur dazu dienen, jungen Menschen ein Forum zur freien und unzensierten Diskussion bereitzustellen. Diese Organe müssen Strukturen der Tat sein!
Auf den Treffen dieser Gremien muss besprochen werden, mit welchen Mitteln man welche Ziele erreichen will und diese müssen umgesetzt werden. Infoflyer, Diskussionsveranstaltungen, Kunstaktionen, Demonstrationen oder Besetzungen sind Beispiele. Nur in der Aktion werden die Menschen sich politisch entwickeln und lernen sich selbständig zu organisieren.

Einheit und Freiheit!

Aktionsgruppen müssen Bündnisstrukturen sein. Jedes Individuum oder jede politische Gruppe – außer es handelt sich um Rassisten- darf mitarbeiten und muss auch aufgefordert werden mitzuarbeiten und gemeinsame Aktionen durchzuführen. In diesem praktischen Zusammenschluss muss aber auch die Freiheit der Kritik und die politische Betätigung der anderen Bündnispartner toleriert werden. Aktionseinheit und Propagadafreiheit müssen wesentliche Merkmale diese SchülerInnenaktionsstrukturen sein.

Vernetzung!

Eine Bewegung kann nur stärker und erfolgreicher werden, wenn sie sich

ausbreitet und immer mehr Menschen im Kampf gegen den kapitalistischen Bildungsklau mobilisiert und organisiert. Jedes Komitee muss SchülerInnen, Freunde und Genossen auffordern an ihren Schulen auch solche Aktionsstrukturen zu gründen.
Es müssen regionale und bundesweite Vernetzungstreffen und Koordinierungen auf demokratischer Delegiertenbasis geschaffen werden.
Ein Erfolg auf Grundlage loser Absprachen, persönlicher Kontakte oder selbsternannter FührerInnen ist nicht nur früher oder später zum Scheitern verurteilt, sondern öffnet der Manipulation Tür und Tor.
Deshalb helfen Koordinierungs- und Leitungsgremien auf wähl- und abwählbarer Basis diesen Kampf zu verbreitern und zu vertiefen, machen alle Entscheidungen transparenter und machen die Kontrolle der Basis einfacher.
Diese Vernetzung und Verankerung in politischen Jugendgruppen und lokalen SchülerInnenkomitees ist Voraussetzung zur Schaffung einer kämpferischen Jugendvertretung, d.h. lokalen SchülerInnenräten und einer bundesweiten SchülerInnengewerkschaft.

Perpektive!

Der Kampf der SchülerInnen für eine jugendgerechte Bildung, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft und nicht nach den Profiten der Bonzen richtet, heißt einen breiten gesellschaftlichen Kampf um Macht zu führen.
Wir müssen für die Interessen der LehrerInnen einstehen. Wir müssen sie auffordern unseren Kampf zu unterstützen. Wir müssen auf die GEW-Führung Druck ausüben und kämpferische LehrerInnen an der Basis organisieren.
Wir müssen den Kampf im öffentlichen Dienst – also Streikaktionen und Demos – mit SchülerInnenkontingenten unterstützen.
Wir müssen Vernetzungs- und Aktionsstrukturen mit den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen (bsp. Arbeitsloseninitiativen, MigrantInnenorganisationen, Sozialforen, Antifa-Gruppen usw.) aufbauen und einen gemeinsamen Kampf führen.
Die SchülerInnenbewegung kann nur im gemeinsamen Kampf mit anderen Unterdrückten erfolgreich sein. Dieser gemeinsame Kampf beantwortet nicht nur die Frage auf die Angriffe der Herrschenden von heute, sondern ist auch

die Antwort auf die Machtfrage von morgen.

Stand der Bewegung

In den letzten Jahren fanden immer wieder größere SchülerInnen- und StudentInnenproteste statt.
Doch es ist nicht gelungen, die Angriffe zu stoppen und eine starke bundesweite Widerstandsfront zu formieren.
Die lokalen Komitees und Bündnisse sind in den letzten Jahren immer wieder zerfallen und es musste praktisch wieder bei Null angefangen werden.
Gründe dafür liegen darin, dass die vorhandenen Plena und Bündnisse einen zu geringe Aktions- und Beschlussorientierung hatten und eher den Charakter von losen Diskussionsforen annahmen.
Die sehr schwache Vernetzung, das Fehlen einer bundesweiten Koordinierung und eines Aktionsprogramms machte desweiteren die Vereinheitlichung, Vertiefung und Basiskontrolle schwieriger.

Auch liegen Faktoren, darin dass Diskussionsveranstaltungen, Proteste und Demonstrationen ein guter Anfang sind, aber alleine nichts ausrichten. In Zukunft stehen Besetzungen und alternativer, selbstorganisierter Unterricht auf der Tagesordnung.
Wir müssen uns nicht nur verweigern, sondern müssen die Schule erobern und lernen sie umzugestalten!